

## Wirtschafts-Institut fordert: Null-Euro- statt "Ein-Euro-", besser gleich Minus-Ein-Euro-Jobs!

Das Chaos um die "1€-Jobs" scheint sich zu einem Dauerbrenner zu entwickeln - so schnell kann man gar nicht gucken, wie immer neue Säue mit dem "1€"-Brandmal durchs mediale Dorf getrieben werden. Während sich die Koalitions-Oberen und ihre Troubadoure überschlagen, dem Volk die immensen Wohlstandsgewinne aus dieser Erfindung anzupreisen, und die Mitdurchsetzer und potentiellen Nutznießer beginnen, sich damit anzufreunden (wie z.B. in den letzten Beiträgen von *Wenzel Ruckstein* zum Thema<sup>1,2</sup> ausführlich dargelegt), schrillen jetzt bei der 'Wirtschaft' und ihren Vor- und Nachdenkern<sup>3</sup> die Alarmglocken - so beim Wachturm des Neoliberalismus in Neufünfland - dem *Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)*: Diese Denkfabrik hat am 09.09.04 die neueste Ausgabe ihrer Hauszeitschrift<sup>4</sup> der Presse vorgestellt. Darin steht u.a. eine Studie von *Herbert S. Buscher* mit dem vielsagenden Titel

### "Hartz IV: 1-Euro-Jobs setzen falsche Anreize"

Aus Erfahrung wissen wir bereits: Wenn im Neusprech der Reformer etwas "falsche Anreize setzt", dann heißt das ins Deutsche übersetzt, es wirkt profitschmälernd für die 'Wirtschaft' durch unverdiente Geschenke an die Reform-Subjekte, und die Regierung hat es deshalb umgehend und richtig "neu zu justieren". So auch diesmal (Zitate aus dem Beitrag « kursiv »):

« Mit dem Arbeitslosengeld-II (ALG-II) verbessern sich, so die Regierung, die Hinzuverdienstmöglichkeiten für die betroffenen Personen. Grundsätzlich kann das Einkommen entweder durch eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt oder durch gemeinnützige Tätigkeiten erhöht werden. Da für gemeinnützige Tätigkeiten Mehraufwandsentschädigungen zwischen einem und zwei Euro die Stunde gezahlt werden, kann der gesamte Betrag behalten werden. Bei Lohnneinkommen jedoch gelten je nach Höhe unterschiedliche Transferentzugsraten. Insgesamt fallen die Hinzuverdienstmöglichkeiten über den Lohn geringer aus als die Mehraufwandsentschädigungen. Hierdurch werden aus beschäftigungspolitischer Sicht die falschen Marktanreize gesetzt. »

Dem Verfasser der Studie ist also ebenfalls die Diskrepanz aufgefallen, welche in der Zustandsbeschreibung<sup>1</sup> als Diskriminierung der zu 'regulären' Minijobs verurteilten Algzweier gegenüber den "1€-Jobbern" thematisiert wurde. Nur kommt er naturgemäß zu vollkommen entgegengesetzten Schlußfolgerungen:

« Die mit dem ALG-II erlaubten Hinzuverdienstmöglichkeiten können zwar im Einzelfall eine Person oder eine Bedarfsgemeinschaft besser stellen, aber sie geben die falschen Marktanreize, indem sie gemeinnützige Tätigkeiten gegenüber Beschäftigungsverhältnissen im ersten Arbeitsmarkt bevorzugen (...) zumal die "Hinzuverdienstmöglichkeiten" (...) höher ausfallen können als bei regulären Tätigkeiten. Würde man allerdings den Mechanismus umkehren und die Transferentzugsrate bei Verdiensten im ersten Arbeitsmarkt absenken, ergibt sich eine negative Anreizwirkung für die Personen, die in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen, deren Einkommen aber "dicht" an der Grenze des ALG-II-Einkommens liegen. Für diesen Personenkreis könnte es dann attraktiver sein, ALG-II zu beziehen als regelmäßig zu arbeiten. Ein gangbarer Weg könnte in einer Lohnsubventionierung gesehen werden. Aber hier wären geeignete Kontrollmechanismen zu installieren, die verhindern, dass es zu reinen Mitnahme- und Substitutionseffekten kommt, ohne gleichzeitig beschäftigungshemmende Barrikaden zu errichten. Allerdings sind die zu erwartenden Beschäftigungseffekte eher gering. »

Damit keine "falschen Marktanreize" eintreten, hat sich Herr *Buscher* weitere Alternativen ausgedacht:

« Die von einer gemeinnützigen Tätigkeit ausgehenden Fehlanreize können sofort unterbunden werden, wenn z. B. für die gemeinnützige Tätigkeit keine Mehraufwandsentschädigung gezahlt wird. (...) Zu bedenken ist allerdings, dass die Mehraufwandsentschädigung dazu gedacht ist, die durch die Tätigkeit verursachten zusätzlichen Kosten zu kompensieren (...). Folglich würde ein Fortfall der Mehraufwandsentschädigung bedeuten, dass ein Teil des ALG-II-Geldes für die Ausübung der Tätigkeit aufzuwenden ist. Hierfür spräche, dass das ALG-II-Geld als steuerfinanzierte Transferleistung von der Gemeinschaft aufzubringen ist, die dafür eine entsprechende "Gegenleistung" erwartet. »

Im Klartext: Es ist vollkommen O.K., daß der/die zu einer Vollzeitbeschäftigung 'Zwangsverpflichtete' (neuerdings 'amtlicher' Terminus<sup>2</sup>) den Mehraufwand dafür (Fahrkosten, erhöhter Verpflegungs-, eventuell Bekleidungs- und andere Aufwände etc.) voll selbst trägt - von den bereits (euphorisch oder zynisch?) als "soziokulturelles Minimum" deklarierten 331,- bzw. 345,- €- schlicht und ergreifend als Dank an die 'Gemeinschaft' dafür, daß sie ihn gnädigerweise (vorerst noch) überhaupt am Leben läßt ... Womit also der "Null-Euro-Job" erfunden wäre, eigentlich aber schon ein "Minus-x-Job" (sofern nicht der Mehraufwand in Naturalien erstattet wird - z.B. als Monatskarte oder Tankgutschein, kostenlose Verpflegung, Arbeitskleidung usw. - wovon da allerdings nirgendwo die Rede ist). Schlimmer geht's nimmer? Aber doch:

« Eine denkbare Möglichkeit, den Abstand zwischen Lohnneinkommen und Transfereinkommen zu vergrößern, wäre eine Absenkung der Transfereinkommen. Wie jedoch der heutige Widerstand schon zeigt, dürfte diese Alternative politisch kaum durchsetzbar sein (...) wäre grundsätzlich neu zu bestimmen, was unter einer staatlichen Grundsicherung zu verstehen ist. »

Das zeigt zuallererst, daß "der heutige Widerstand" kräftig zu steigern ist, damit doch nicht noch "diese Alternative politisch durchsetzbar" wird. Die ja schon lange auf dem Tisch von *Super-Clement* liegt - im Gutachten<sup>5</sup> seines Sachverständigenrates, publik gemacht z.B. von dessen Mitglied, dem schon einschlägig berichtigten C4-Professor *Bernd Rürup* in *DIE WELT* vom 13.11.03 (Zitat): "Die Bezieher des künftigen ALG-II sollen nur noch einen Regelsatz von 70% bekommen. (...) Das Ziel, in Deutschland einen Niedriglohnsektor aufzubauen, wird sich ohne eine solche Reform nicht erreichen lassen." Im Papier<sup>5</sup> selbst heißt es dazu noch präziser: "Für Arbeitsfähige wird (die Transfer-Leistung ...) so weit gekürzt, dass

<sup>1</sup> "Mit 1€-Jobs zu Wohlstand und Glück" vom 05.09.04

<mailto:ruckst1@aol.com> - Subject: 1E-JOBS2.RTF

<sup>2</sup> "Neuestes zu 1-Euro-Jobs" (Newsletter vom 08.09.04)

<mailto:ruckst1@aol.com> - Subject: HELLO128.TXT

<sup>3</sup> das Gegenstück zum 'Vordenker': jemand, der knallharte Vorgaben oder unumstößliche Dogmen von Wirtschaft und Politik nachträglich in ein (pseudo-)wissenschaftliches und/oder medien-/zielgruppengerecht vermittelbares Gewand hüllt (© by W.R. ©)

<sup>4</sup> *Wirtschaft im Wandel* Nr. 11/2004 vom 08.09.2004 (27 S. A4), online (PDF 270 kB) unter <http://www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/11-04.pdf>

<sup>5</sup> zitiert und kommentiert in "Das Allerletzte vom Sozialstaat" vom 21.12.02

<mailto:ruckst1@aol.com> - Subject: HARTZ&CO.RTF

lediglich noch extreme Armut und Obdachlosigkeit vermieden werden. Auf der anderen Seite wird die Grenze für den anrechnungsfreien Hinzuverdienst (...) ausgedehnt, dass ein Nettoeinkommen in der Höhe der jetzigen Sozialhilfe erreicht werden kann." Der Taschenrechner zeigt an: 70% von 331,00 € = 231,70 € Wenn man 160 Stunden Zwangsarbeit leisten muß, um auf 100%, also auf das angebliche "soziokulturelle Minimum" zu kommen (was ja bei dieser 'Alternative' die maximal erreichbare Obergrenze wäre!), bedeutet das einen 'Stundenlohn' von sage und schreibe **0,62 €– (MINUS!)**. Weil aber dabei noch gar nicht der auch hier anfallende Mehraufwand berücksichtigt wurde, ist für diese Zumutung der Begriff "Minus-Ein-Euro-Job" laut Überschrift voll zutreffend ...

Der Vollständigkeit halber: der Studien-Autor erwähnt auch noch kurz eine fünfte Alternative:

« Neben anderen Möglichkeiten könnte geprüft werden, ob die Idee eines Grundeinkommens als Lösung dienen kann, wie es beispielsweise von Opielka<sup>6</sup> vorgeschlagen wird. Im Gegensatz zu Hartz IV stellt das Grundeinkommen ein soziales Grundrecht dar (...). Technisch gibt es eine Vielzahl an Ausprägungen (...). Denkbar wäre beispielsweise ein Anspruch auf Bürgergeld (...). Allerdings liegen konkrete Berechnungen als Alternative zu Hartz IV bislang noch nicht vor. »

Was ja so wohl nicht ganz stimmt. Die Abneigung des Verfassers gegenüber dieser Variante merkt man dem Text an. Vor allem: die "Vielzahl an Ausprägungen" ist eben nicht nur 'technischer', sondern sehr grundsätzlicher Natur.<sup>7,8</sup> Denn zwischen 'Grundsicherung' (bedingungslos für alle) und dem neoliberalen 'Bürgergeld' (mit Arbeitszwang) liegen Welten.

Zur Untermauerung der Grundthese (wenn der Algzweier nicht privatwirtschaftlich beschäftigt wird, ist er zur entgeltlosen "gemeinnützigen Tätigkeit" zu zwingen) bringt die Studie zahlreiche Rechenbeispiele und Tabellen. Dabei räumt der Autor zwar ein: « Nach Auskunft der Bundesagentur für Arbeit liegen noch keine endgültigen Vorschriften für die Berechnung der Transferentzugsraten vor (...) (Stand: August 2004). » Gemeint sind Vorschriften für steuerpflichtige Minijobs. Er unterschlägt aber gleichzeitig (absichtsvoll?), daß es solche wohl bisher noch weniger für die Höhe der abzugsfreien 'Aufwandsentschädigung' bei den von ihm kritisierten "1€Jobs" gibt: « Bei Ausübung einer gemeinnützigen Tätigkeit (...) können monatlich bis zu 200 bzw. 300 Euro hinzuverdient werden, die dann nicht auf das ALG-II angerechnet werden (...). Somit ist es attraktiver, gemeinnützige Tätigkeiten ausüben als Jobs in der Wirtschaft anzunehmen. »

Und dazu darf es natürlich nicht kommen - dafür haben wir ja schließlich unsere IWHs, BMWA-Beiräte, INSMs, ... Die o.g. 300,- € wären übrigens nur mit einer Aufwandsentschädigung von genau **2,00 €h** zu erreichen (bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 37,5 Stunden). Das Schlagwort "Ein-bis-zwei-Euro-Jobs" tauchte aber m.W. bisher nur in Sonntags-Interviews von Clement (oder anderen Münteferings - in durchschaubarer Absicht) auf, es wurde allerdings von den Medien bereitwillig kolportiert. Keine 'ARGE' (und schon gar nicht eine aufs 'Optionsmodell' setzende Kommune) wird wohl freiwillig diese hypothetische Obergrenze ausschöpfen wollen.

Das kann auch wieder mal anhand neuester Erkenntnisse zum Fallbeispiel Dresden gezeigt werden - die dortige "1€Job"-Politik hat bereits ein Report im Mai d.J. ausführlich thematisiert<sup>9</sup>: Wie schon in diesem dargelegt, verstand und versteht sich Dresden als Vorreiter bei der konsequenten Umsetzung der 'Reformen'. In der lokalen 'ARGE' (dieser 'offizielle' Begriff war damals noch nicht erfunden; übrigens - ob seinem Schöpfer dabei dessen Doppelsinn bewußt wurde - "ARGE 1€-Jobs"<sup>10</sup> ? ...) dürfte es dazu kaum ideologische Differenzen geben - sowohl der AA-Chef als auch der Sozialdezernent haben ein CDU-Parteibuch. Konsens besteht z.B. darüber, daß als 'Beschäftigungsmöglichkeit' für ALG-II-Bezieher ausschließlich "1€Jobs" in Frage kommen werden (mit einem Stundensatz von 1,28 €). Anders ausgedrückt, die Mittel zur Beschäftigungsförderung von Bund und Land werden darauf konzentriert, die anvisierten reichlich 5.000 Stellen zu finanzieren (s. Beitrag<sup>9</sup> - auf Kosten von ABM u.ä., und mit den aufgezeigten Nebenwirkungen auf reguläre Beschäftigung usw.).

An direktem medialem Widerhall der Studie konnte bisher nur ein Kurzbericht darüber in *Neues Deutschland*<sup>11</sup> vom 10.09. ausgemacht werden. In der selben Ausgabe legt Angelo Lucifero von ver.di Thüringen seine 'BasisSicht' zum Thema dar, vor allem unter dem Aspekt des Lohndumpings, u.a.: « Nun (...) will der Staat Langzeitarbeitslose dazu zwingen, für einen Euro stündliche "Aufwandsentschädigung" für Wohlfahrtsinstitute zu arbeiten (...) dieses Geld wird zusätzlich zum ALG II gezahlt. 300 Euro soll der Ein-Euro-Jobber behalten dürfen. » Abgesehen von der Rechnung (mit 1,- €h wäre das ja nur mit einem 15-Stunden-Tag zu schaffen ...) illustriert auch diese Aussage, wie unklar die ganze Problematik sogar für hauptberuflich mit der Thematik Beschäftigte ist (siehe oben).

Nur am Rande erwähnt werden soll hier noch ein weiterer, für die Zielgruppe sehr interessanter Beitrag im Heft<sup>4</sup> (mit brisantem Stoff für eine eigenständige Auseinandersetzung): "Arbeitsplatzlücke im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen".

**Fazit:** Die diskutierte Studie wird wärmstens allen mit Sozial- und Arbeits[markt]politik ernsthaft Befassten anempfohlen (und zumindest den 'Ossis' darunter auch die o.g. zweite Studie). Wenn sie auch keine Klarheit über die rechtlichen Grundlagen des "1€Job"-Konstrukts schaffen kann (eben weil diese teilweise noch gar nicht existieren - was ja auch Anlaß für die Beiträge<sup>1,2</sup> war), so zeichnet sie doch die voraussichtliche Entwicklung des Problems vor (nach dem bislang immer praktizierten Schema: "wissenschaftliche Vorarbeit"<sup>3</sup> → mediale / INSM-Propaganda-Kanonade → Machtwort von Hundt/Rogowski → Legalisierung per großkoalitionäre Kungelei → Aufklärung des Volkes darüber durch Müntefering und

<sup>6</sup> Siehe OPIELKA M.: "Grundeinkommen statt Hartz IV – Zur politischen Soziologie der Sozialreformen," in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9, 2004. (Original-Literaturangabe in Studie von H. Buscher)

<sup>7</sup> "Grundeinkommen vs. Bürgergeld" (Newsletter vom 19.07.04)

<mailto:ruckst1@aol.com> - Subject: HELLO98.TXT

<sup>8</sup> "Gibt's noch Arbeit?" vom 16.07.04

<mailto:ruckst1@aol.com> - Subject: GHOEHLER.RTF

<sup>9</sup> "Aus Amt wird Agentur" vom 22.05.04:

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/zwang/aa-dresden.pdf>

<sup>10</sup> "ARGE 1€-Jobs" (satirisches Poster vom 19.08.04)

<mailto:ruckst1@aol.com> - Subject:

ARGE1EUR.JPG

<sup>11</sup> "Der Null-Euro-Job" eingeben.

Online: <http://www.nd-online.de/>

Im Fenster [Tagesausgabe vom] " 10.09.2004"

andere **SP**ezial-Demagogen ...). Deshalb sollte es rechtzeitig, qualifiziert und breitenwirksam - auch z.B. in Demo-Reden - thematisiert werden. Dieser und die vorgehenden Beiträge<sup>1,2</sup> zum Thema verstehen sich als eine kleine Hilfeleistung dazu.

*(W.R., 11.9. 2004)*